

## **Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität**

Über Jahrzehnte bestimmte die hegemoniale Bipolarität des Kalten Krieges die Wahrnehmung bewaffneter Konflikte. Mit dessen Ende musste diese einfache Schablone, die allein auf den Stellenwert des Ost-West-Konflikts abstellte, durch komplexere Erklärungsmuster ersetzt werden. Für zwischenstaatliche Kriege rückte das Paradigma vom demokratischen Frieden in das Zentrum der politikwissenschaftlichen Debatte, demzufolge entwickelte demokratische Staaten Kriegen untereinander abgeschworen haben. In der Praxis waren und sind die meisten bewaffneten Konflikte, die entsprechend formaler und quantitativer Kriterien als Kriege registriert werden, jedoch innerstaatlich. Die analytische Debatte zur Bestimmung von Ursachen dieser bewaffneten Gewalt wird nach wie vor kontrovers geführt. Weitgehend verworfen sind inzwischen monokausale Zuschreibungen, die ethnische, religiöse Ideologien oder irreversible Anarchie als gewaltmächtig identifizieren.

Angestoßen durch eine Aufsatzsammlung (Jean/Rufin 1996) hat sich ein breiter Diskurs über die ökonomische Rückbindung gegenwärtiger Kriege entwickelt. Aufgrund der Beobachtung, dass die gegenwärtig zu beobachtenden Kriegshandlungen sich häufig nicht der Clausewitz'schen Kriegsdoktrin fügen, haben Mary Kaldor (1999) und Herfried Münkler (2002) den Begriff »neue Kriege« eingeführt. Drei Merkmale sind für diese »neuen Kriege« charakteristisch: Entstaatlichung und Kommerzialisierung der Gewalt, Asymmetrien in der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt, Verselbstständigung bisher militärisch eingebundener Gewalt. Inzwischen kann der Befund als gesichert gelten, dass sich die Formen kriegerischer Gewalt tatsächlich strukturell verändern. Zugleich deutet aber das inhaltsarme Etikett »neu« an, dass man eigentlich noch wenig über die wirkliche Richtung dieser Veränderungen zu sagen weiß.

Die Suche nach den Bedingungsfaktoren für diese Kriege setzt an unterschiedlichen Stellen an. Eine Forschungsgruppe bei der Weltbank stellt die Reproduktionsbedingungen bewaffneter Gruppen und die sich daraus ergebenden Bereicherungsmöglichkeiten in den Vordergrund.<sup>1</sup> Der Zusammenhang zwischen Kriegen und dem offenen und schleichenden Staatszerfall als Ressource von Terror und bewaffneter Gewalt ist nach dem 11. September 2001 verstärkt in das Blickfeld von Politik und Forschung gerückt (Milliken 2003). Die jeweiligen Forschungsagenden limitieren allerdings die Reichweite der Befunde. Eine Integration dieser analytischen Zugänge zu

---

<sup>1</sup> Die verschiedenen Studien sind im Internet zugänglich unter:  
<http://econ.worldbank.org/programs/conflicts>.

Erscheinungen kriegerischer Gewalt, die sich auf unterschiedlichen Problemebenen bewegen und mit verschiedenen Aspekten beschäftigen, ist noch nicht geleistet. Dies ist aber zur Erklärung der häufig langen Dauer von Kriegen, deren oft niedrigen Intensität und der chronischen Instabilität von »Nachkriegs-Gesellschaften« notwendig.

Außerdem blenden diese Zugänge einen wichtigen Tatbestand aus: Dynamische Gewaltprozesse manifestieren sich nicht ausschließlich in neuen Kriegen. Flexible, global vernetzte kriminelle Aktivitäten, wie zum Beispiel Schmuggel, Raub, Drogenhandel, Erpressung von Schutzgeldern, Geiselnahme sind zwar konstitutiv für Kriegsökonomien und stützen sich letztlich alle auf eine glaubwürdige Androhung von Gewalt: Die jeweilige operative Logik von Kriegsökonomien setzt jedoch voraus, dass die ökonomischen Transaktionen jenseits von Kriegsgebieten in globale Märkte integriert sind. Der Weltmarkt alimentiert Kriegsökonomien, illegale Weltmarktzugänge sind unverzichtbar, aber es ist immer eine asymmetrische Abhängigkeit.

Die offensichtliche Leichtigkeit, mit der sich Kriegsparteien reproduzieren und ihre operative Logistik organisieren können, verweist darauf, dass die benötigten illegalen Zugänge zum Weltmarkt weltweit verfügbar sind und sich in vielen Fällen sogar aufdrängen. Die Versuche der internationalen Staatengemeinschaft, mit Embargomaßnahmen Kriegsgeschehen einzuhegen, waren wenig erfolgreich, nicht selten sogar kontraproduktiv. Es ist offensichtlich in der Regel möglich, einem Embargo durch Intensivierung illegalen Handels auszuweichen. Als Folge wird die Warenzirkulation von schattenwirtschaftlichen Transaktionen dominiert, die ihrerseits unkontrolliert von den Kriegsakteuren beherrscht werden. Erst die Analyse dieses operativen Umfelds von Kriegsökonomien, das Aufschlüsse über deren Integration in globalisierte Waren- und Finanzströme gibt, ermöglicht realitätstüchtige Schritte zur gezielten Störung der Reproduktion von Kriegsakteuren, ohne gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu beeinträchtigen.

### **Informalität, Kriminalität und Schattenglobalisierung**

Die weltweit dokumentierte Dynamik schattenwirtschaftlicher Aktivitäten deutet auf die Existenz umfangreicher Netzwerke hin, die man als schattenwirtschaftliche Entsprechung der Globalisierung, also als Schattenglobalisierung, beschreiben kann. Als analytisches Instrumentarium zur Bearbeitung dieser sich gegenseitig bedingenden doppelten Globalisierungsdynamik hat sich eine Simulation weltwirtschaftlicher Abläufe als ein symbiotisches Nebeneinander von drei jeweils global vernetzten Sphären bewährt: reguläre, informelle und kriminelle Sektoren der Ökonomie.

Die reguläre Sphäre, in der das staatliche Monopol legitimer Gewalt Vertragssicherheit wirtschaftlichen Tausches garantiert, ist nur in einer beschränkten Zahl reicher westlicher Länder dominant. Sie allein aber ist die Basis der Reproduktion von Staatlichkeit durch Steuererhebung. Verschärft durch die massive Freisetzung von Beschäftigten als Folge der in den vergangenen 15 Jahren erzwungenen neoliberalen Restrukturierungsmaßnahmen beherrschen allerdings informelle Überlebensstrategien das wirtschaftliche Geschehen in weiten Teilen der Dritten Welt und den meisten Transformationsländern. Statistiken der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) schreiben selbst im relativ entwickelten lateinamerikanischen Subkontinent deutlich über die Hälfte der Erwerbstätigen dem informellen Sektor zu. Das bedeutet eine dauerhafte, strukturelle Schwächung von Staatlichkeit, die sich in unzureichender Bereitstellung öffentlicher Güter niederschlägt. Als besonders folgenreich erweist sich dabei die unzureichende Reichweite staatlicher Leistungen zur Herstellung öffentlicher Sicherheit. Sie öffnet soziale Räume zur Entwicklung krimineller Sphären, von denen eine beschleunigte Erosion des staatlichen Monopols legitimer Gewalt ausgeht. Sie überziehen die Lebenswelten der informellen Sphäre wie ein giftiger Nebel. Rechtsstaatliche und gewaltkriminelle Regulation treten sektoriell und territorial in Konkurrenz.

### **Die Grauzone zwischen Krieg und Frieden**

Parallel zur Beschleunigung von Deregulierung und Liberalisierung von Märkten haben sich schattenökonomische Aktivitäten zu flexiblen und leistungsfähigen transnationalen Netzwerken verdichtet, die als Weltmarktzugänge für Gewaltunternehmer in Kriegsökonomien fungieren. Gewaltförmig angeeignete Waren und Dienstleistungen, die illegal grenzüberschreitend zirkulieren, haben jedoch nur zu einem kleinen Teil ihren Ursprung in Kriegsgebieten. Im Kontext der Schattenglobalisierung sind Kriegsökonomien lediglich ein Segment.

Ebenso wie von *racket* (krimineller Schutzgelderpressung) beherrschtes Leben für viele Menschen alternativlos ist, kann »Krieg« für viele Akteure zur Lebenssphäre werden, weil alternative Lebenschancen in der regulären Ökonomie unerreichbar erscheinen. Die regionale und teilweise sogar globale Ausstrahlung von Kriegsökonomien wirkt destabilisierend und fördert die Expansion von Sphären gewaltkrimineller Regulation und dominanter Korruption. Die Einbeziehung von Akteuren aus der gesamten Region in das Kriegsgeschehen im Kongo und die kettenreaktionsartige Destabilisierung in Westafrika als Folge der Kriege in Liberia und Sierra Leone bieten reichhaltige Anschauung solcher epidemischer Ausstrahlung.

Letztlich drohen durch solche Entwicklungen die Grenzen zwischen Krieg und Frieden zu verschwimmen. Es fällt immer schwerer, Krieg und dominante Gewaltkriminalität gegeneinander abzugrenzen. Angesichts der hohen Raten

territorial konzentrierter Gewaltkriminalität in stark fragmentierten Gesellschaften, wie Nigeria, Südafrika oder Brasilien, eignen sich selbst Opferzahlen nicht zur Differenzierung.

Ein weiteres Defizit des politikwissenschaftlichen Diskurses über die »neuen« Kriege und damit einhergehende Kriegsökonomien besteht darin, dass – mit Ausnahme von Mary Kaldor, die am Beispiel Bosniens den Begriff »Inseln der Zivilität« geprägt hat – wenig über Perspektiven nachgedacht wird, wie diese Gewaltkonflikte eingedämmt und in eine zivile Austragung der Konflikte überführt werden können. In der entwicklungspolitischen Debatte werden diese Probleme dagegen unter der Überschrift »Konfliktprävention« stark diskutiert, auch wenn es dabei in der Praxis vielfach bereits um Konfliktmanagement und Konfliktregulierung geht.

Die Weltbank hat sich mit ihrem Forschungsprojekt unter Leitung von Paul Collier in den vergangenen Jahren intensiv in die Debatte eingemischt und jüngst eine programmatische Studie (Collier et al. 2003) vorgelegt. Die Autoren sind davon überzeugt, mittels makro-quantitativer vergleichender Analyse ökonomische und soziologische Merkmalsbündel ermittelt zu haben, die sich zur Prognose von Dispositionen zu gewaltsamem Konfliktaustrag eignen und damit der Politik die Möglichkeit geben gegenzusteuern. Es sei das moralische Recht und die praktische Pflicht der internationalen Gemeinschaft zu intervenieren, um Konflikte zu verhindern und abzukürzen. Wo Entwicklung scheitert und Armut vorherrscht, greifen laut Collier Strategien der Bereicherung Platz. Daraus resultiert die Gefahr, dass ein Land in eine Konfliktfalle gerät. So wird unter anderem die von Kriegen ausgehende Störung des Wirtschaftswachstums als gefährliche zirkuläre Kriegsursache beschrieben. Wirtschaftswachstum, das mit dem bekannten Instrumentarium der Weltbank über einen längeren Zeitraum gefördert werden soll, wird zu einem Antibiotikum gegen Krieg erklärt.

Die methodische Eleganz dieses nunmehr abgeschlossenen Forschungsprogramms, das die Politik der Weltbank anleiten soll, täuscht darüber hinweg, dass in der angewandten Methode angelegt ist, globale strukturelle Ursachen für die verbreitete Krise von Staatlichkeit und kriegerischen Konfliktaustrag auszublenden. Denn es werden lediglich Aggregate nationaler Entwicklung über einen Zeitraum von 40 Jahren miteinander verglichen und zur ausschließlichen Grundlage von Prognosen gemacht. Dagegen spricht vieles dafür, dass sich soziale Widersprüche auf Bruchpunkte zu entwickeln, wie zum Beispiel in Venezuela oder Zimbabwe, und einzelne positive Entwicklungspfade, wie die der so genannten asiatischen Tigerstaaten, im globalen Maßstab nicht replizierbar sind.

Auch die internationalen Rahmenbedingungen für staatliches Handeln haben sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten tief greifend verändert. Beispielsweise sind zahlreiche primäre Regulationsfunktionen des Staates auf internationale Regelinstanzen übergegangen. Schon deshalb sind die statistischen Verläufe der vergangenen 40 Jahre eher ungeeignet, um das Entstehen bewaffneter Konflikte

zu prognostizieren. Eine geeignete Untersuchungsmethode müsste die dynamischen Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen einbeziehen und müsste das langen Zeitreihen zugrunde liegende leichtfertige *ceteris paribus* für die nationalstaatliche Ebene als ungeeignet verwerfen.

Der Kritik, dass soziale Schieflagen als Folge von Strukturanpassungsprogrammen entstehen, die durch Deregulierung und Marktöffnung die betroffenen Länder auf einen Wachstumspfad führen sollen, hält die Weltbank Studien entgegen, aus denen statistisch hervorgeht, dass Länder, die ihre Märkte geöffnet haben, höhere Wachstumsraten aufweisen als andere Länder. Mehr noch, in solchen Ländern habe auch die Zahl absolut verarmter Menschen stärker abgenommen.

Ein Perspektivwechsel gegenüber diesen scheinbar über-zeugenden, sich vor allem auf dem statistischen Gewicht Chinas gründenden Befunden, der nach der Relevanz dieser Erkenntnisse für die Heerscharen arbeitsloser junger Menschen fragt, macht rasch deutlich, dass die beobachteten positiven Trends, die weitgehend neoliberaler Ordnungspolitik zugerechnet werden, für diesen Personenkreis schlicht irrelevant sind. Die politische Umsetzung der nicht falsifizierbaren Ideologie, dass einzig freie Märkte zum optimalen Einsatz von Ressourcen führen und dass die zeitweiligen Opfer des Marktes wegen des langfristig größeren Ertrages in Kauf genommen werden müssen, würde für einen großen Teil der gegenwärtig 1,2 Mrd. junger Menschen bedeuten, dass sie in ihrer individuellen Lebensperspektive dauerhaft von regulärer Erwerbstätigkeit ausgeschlossen bleiben werden. Denn selbst wenn sich die optimistischsten Wachstumsprognosen aktueller globaler Ordnungspolitik realisierten, wird das Wachstum nicht zu den Beschäftigungseffekten führen, die notwendig wären, um den heute vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossenen jungen Menschen eine produktive Teilhabe an der gesellschaftlichen Reproduktion zu bieten. Das notwendige Kapital und die physischen Ressourcen, um für diese Menschen global wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der regulären offenen Weltwirtschaft zu schaffen, ist nicht aufzubringen bzw. zu ersparen. Ohne Regulation, die die Schaffung gesicherter Arbeitsplätze mit geringem Kapitaleinsatz jenseits der Weltmarkt Konkurrenz zulässt, erweist sich die gegenwärtige globale Ordnung als intergenerationelle Apartheid auf dem Arbeitsmarkt. Die Demographen sprechen von einer großen »Jugendbeule« in der aktuellen Alterspyramide der Weltbevölkerung, deren zu leistende gesellschaftliche Integration eine globale politische Aufgabe darstellt.

Für die in zahlreichen Ländern zu 50% arbeitslosen jungen Menschen kann eine Wirtschaftspolitik nur dann akzeptabel sein, wenn sie eine realistische Chance bietet, in nicht allzu ferner Frist durch reguläre Erwerbstätigkeit in die Gesellschaft integriert zu werden. Könnten sich die Interessen dieser Menschen in politischen Strategien artikulieren, dann würde Beschäftigung als Grundpfeiler gesellschaftlicher Integration die zentrale Zielgröße von Wirtschaftspolitik bilden und die neoliberale Globalisierung tief greifend verändern. Bislang gibt es aber keine politische Plattform für die Interessen der aus der regulären Ökonomie

weitgehend ausgeschlossenen Menschen. Deshalb stehen vor allem die ausgeschlossenen jungen Männer nahezu beliebig als kriminelle Handlanger und instrumentalisierbare Gewaltakteure zur Verfügung. Zwar brechen sich unter anderem in Jugendmusikkulturen gelegentlich Gewaltphantasien der Veränderung ihre Bahn. Aber meist zielt die propagierte Gewalt nur auf individuellen Ausbruch aus der Ausgeschlossenheit in die medial allgegenwärtige Welt des Massenkonsums. Eine handlungsfähige Bündelung der gemeinsamen Interessen ist jedoch nicht in Sicht.

## Externe Akteure

Die internationale sicherheits- und entwicklungspolitische Debatte hat zwar begonnen, den massenhaften Ausschluss junger Menschen vom regulären Arbeitsmarkt, ihre Verbannung in die riesigen, trostlosen Armutsgürtel um die unkontrolliert wachsenden Megastädte als wichtiges Problem wahrzunehmen. Aber die Programme der Zusammenarbeit sind überwiegend noch dem traditionellen Instrumentarium verhaftet. Es ist immer wieder beschrieben worden, dass

- Kriegshandlungen und Gewaltkriminalität häufig ein Kontinuum bilden,
- kriegerische Konflikte in ihrem Ablauf oft von kleinräumlichen Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet sind,
- es daher immer auch Inseln der Zivilität und des Widerstandes gegen Gewalt gibt,
- formale Friedensschlüsse zunächst Absichtserklärungen sind, die – wenn überhaupt – nur mit Verzögerung die wirtschaftliche Zirkulation und damit die Machtverhältnisse verändern.

Dennoch bleibt die internationale Zusammenarbeit einer strengen (zeitlichen) Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden und den entsprechenden Hilfsprogrammen (humanitäre Hilfe einerseits und Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe andererseits) verhaftet. Die möglichst rasche Organisation zumeist international überwachter Wahlen gilt als endgültige Markierung des Übergangs von Krieg zu Frieden. Dabei wird nicht bedacht, dass sich dadurch an den gewaltgeprägten Lebenswelten in solchen Ländern zunächst wenig ändert. Wahlen können bestenfalls ein Versprechen auf Veränderung sein. Das Scheitern unter anderem in Angola und Liberia, aber auch die anhaltende Gewalt trotz vermeintlich erfolgreicher Friedenskonsolidierung in Zentralamerika, verweisen auf die strukturelle Verknüpfung der mangelnden Tiefe von Staatlichkeit (bzw. mangelhafter regulativer Leistungsfähigkeit des Staates als Gewaltmonopolist) und gesellschaftlicher Fragmentierung mit Gewaltkriminalität sowie deren gelegentliche Transformation in kriegerische Gewalt.

## Komplexität und globale Einbindung von Gewaltkonflikten

Die Texte des vorliegenden Sammelbandes sind Bausteine, mit deren Hilfe die Komplexität und die globale Einbindung unterschiedlicher Gewaltmanifestationen in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung besser ausgeleuchtet werden sollen. Dazu gehören die Positionierung des jeweiligen Gewaltgeschehens im Prozess der doppelten Globalisierung, die materielle Reproduktion von Gewaltlogiken aus dem Blickwinkel der beteiligten Akteure und schließlich die Suche nach realitätstüchtigen Schritten zur Stabilisierung und gesellschaftlichen Integration als notwendige Bedingung für Gewaltminderung. Die einzelnen Abschnitte bestehen aus Analysen zu allgemeinen Fragestellungen und aus der Darstellung konkreter Einzelfälle. Da das Themenfeld »neue Kriege« und bewaffnete Konflikte überwiegend anhand afrikanischer Beispiele diskutiert wird, versucht dieser Sammelband stärker die globalen Dimensionen herauszuarbeiten und verzichtet auf afrikanische Fallstudien.

Zunächst diskutiert *Peter Lock* auf der globalen Ebene die Dynamik der doppelten Globalisierung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, die auf der staatlichen Ebene verloren gegangenen Kapazitäten integrativer sozialer Regulierung auf der globalen Ebene zur Einhegung der gewaltbestimmten Schattenglobalisierung zu rekonstruieren. Dies ist jedoch schwierig, weil einiges dafür spricht, dass sich kriegerische Gewalt perspektivisch in regulative Gewalt gewaltbasierter transnationaler Netzwerke transformiert. Da sich diese Entwicklung in ungleichzeitigen Schritten vollzieht, wird sie von der politikwissenschaftlichen Forschung bislang vernachlässigt.

*Alain Joxe* thematisiert dann den historischen Formenwandel von Krieg und Kriegführung und die Bedeutung der militärischen Hegemonie der USA. Am Beispiel des Libanon demonstriert er die verwirrende Komplexität dessen, was sich international als Bürgerkrieg darstellt. Den Prozess der europäischen Integration als Lehre aus zwei verheerenden Kriegen versteht er als nachahmenswertes politisches Projekt, dem die Aufgabe zugefallen ist, den erreichten Fortschritt bei der Entwicklung allgemeiner Menschenrechte zu verteidigen.

Skeptisch gegenüber einer solchen Perspektive ist der Beitrag von *Mark Duffield*. In aktuellen Gewaltkonflikten lasse sich eine Symbiose zwischen militärischer und humanitärer Macht beobachten, so dass die sanfte Macht Europas sowie humanitärer Organisationen und Hilfswerke nur eine andere Form der Machtausübung durch den Westen sei. Gemeinsames Ziel der militärischen wie der humanitären Ansätze sei die Kontrolle der Entwicklungsgesellschaften, die als Bedrohung empfunden würden. Nur eine grundlegende Neubewertung der gegenseitigen Abhängigkeiten und Vernetzungen könne diese Polarisierung durchbrechen.

Am Beispiel Georgiens korrigiert *Barbara Christophe* die herrschende mitleidsgeprägte Wahrnehmung gescheiterter Staaten. Sie skizziert die Transformation von der in Georgien besonders entwickelten sowjetischen Schattenwirtschaft zu einem sich an die verändernden Rahmenbedingungen anpassenden Plündersystem, in dem willkürliche staatliche Regulation der Elite den Raub von Ressourcen aller Art erlaubt. Trotz der Erschöpfung der Ressourcen in einem ersten Zyklus der Plünderung funktioniert dieses System weiter, weil das Land erfolgreich seine geostrategische Attraktivität zur Aneignung von internationalen Entwicklungshilfegeldern »zur Rekonstruktion eines gescheiterten Staates« verkauft.

Die Mechanismen, auf denen die Gewaltausübung in Konflikten basiert, sowie deren regionale und internationale Vernetzung stehen im Mittelpunkt der Beiträge des zweiten Abschnitts. *Michael Ehrke* rückt die soziale und politische Ungleichheit in einer grundlegenden Kritik der aktuellen Weltbankanalysen in den Mittelpunkt. Er skizziert eine politische Ökonomie bewaffneter Konflikte, aus der sich ableiten lässt, dass die kausalen Zuschreibungen der Weltbankstudie, vor allem das Bereicherungsmotiv der Akteure, nicht hinreichen, um bewaffnete Konflikte und deren lange Dauer zu erklären.

*Frances Stewart* differenziert in ihrem Beitrag die Bedeutung gesellschaftlicher Polarisierung als Bestimmungsfaktor von Konfliktdispositionen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass gesellschaftliche Polarisierung vor allem dann virulent wird und Konflikte verschärft, wenn sie als horizontale Ungleichheit verschiedener Gruppen wahrgenommen wird. Bei Planung und Durchführung humanitärer Hilfe und Strategien der Konsolidierung nach bewaffneten Konflikten ist dieser Befund häufig sträflich vernachlässigt worden.

Kidnapping als Ressource bewaffneter Akteure wird von *Marianne Moor* untersucht. Dabei wird erschreckend deutlich, wie verbreitet und nicht selten zentral für die wirtschaftliche Reproduktion von Kriegsparteien dieses menschenverachtende Verbrechen ist. Am Beispiel Lateinamerikas, ehemaliger Sowjetrepubliken und Asiens wird die Größenordnung der Entführungsindustrie und deren Wachstum in den vergangenen Jahren dokumentiert. Die sich ausbreitende Versicherung gegen Kidnapping hat diese Verbrechen in marktwirtschaftliches Kalkül integriert.

*Tara Kartha* analysiert am Beispiel Indiens die zunehmende Transnationalisierung von innergesellschaftlicher bewaffneter Gewalt, die zur Verbreitung automatischer Waffen unter den Gewaltakteuren geführt hat. Der genaue Blick auf vier regionale, voneinander unabhängige unterschiedlich bewaffnete Konfliktformationen fördert als gemeinsames Merkmal einen »Multiplikator-Effekt« transnationaler Netzwerke für Gewalteskalation zutage. Beängstigend ist der Befund, dass sich »das organisierte Verbrechen in Indien mit anderen Gruppen zu einem anderen World Wide Web verlinkt, das von Korruption und Gewalt lebt«.

Die Funktionsweise solcher transnationalen Netzwerke und den Wandel der sozialen Beziehungen, auf denen sie gründen, illustriert *Alessandro Monsutti* am Beispiel der Hazaras, einer persisch sprechenden schiitischen Bevölkerungsgruppe in Afghanistan. Er arbeitet den Doppelcharakter der Netzwerke als Finanzierungsquelle der Gewalt und Überlebensressource der Hazaras heraus. Die Netzwerke bedeuten eine Stärkung lokaler und regionaler Machtzentren und stellen eine Erschwernis für die international betriebene Rekonstruktion des afghanischen Zentralstaats dar.

Ursachen und Dynamiken aktueller Gewaltmanifestationen sind in der jüngeren Vergangenheit deutlich komplexer geworden. Die Vielfalt der Akteure spiegelt aber auch den Formenwandel kriegerischer Gewalt wider. So sind Kinder und Jugendliche nicht länger nur Opfer von Kriegshandlungen, sondern treten als Gewalttäter in Aktion. Strategien der Einhegung kriegerischer Gewalt seitens der internationalen Gemeinschaft müssen diesem Formenwandel Rechnung tragen. Dazu ist ein besseres Verständnis der Blickwinkel der Gewaltakteure notwendig, die im dritten Abschnitt thematisiert werden. *Klaus Schlichte* untersucht die sozialen Dynamiken in Kriegen. In Anlehnung an Bourdieu betrachtet er die unterschiedlichen Auswirkungen von Kriegen auf ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. Anhand dieser Bewertung lassen sich allgemein wahrscheinliche Verlierer und Gewinner in kriegerischen Konflikten bestimmen. Er zeigt, dass die Rahmenbedingungen für Nachkriegsgesellschaften zunächst als Fortsetzung der Kriegsökonomien gesetzt sind und es besonderer Anstrengungen bedarf, um die in Kriegen entstandene, meist auf Gewalt gründende soziale Hierarchie in Richtung einer rechtsstaatlichen Ordnung zu transformieren. Solche Analysen helfen, grobe Fehler internationalen Engagements in und nach kriegerischen Konflikten zu vermeiden.

Am Beispiel Algeriens zeigt *Luis Martinez* wie die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen und staatliche Repression eine eskalierende Dynamik der Gewalt in Gang setzen. Die Entwicklung in Algerien zeigt aber auch, dass Strategien gewaltsamer politischer Veränderung letztlich ideologische (Selbst-) Täuschungen sind und keine Perspektive haben. Im Gegenteil: Die Gewalt zerstört den letzten Rest sozialer Beziehungen und hinterlässt noch mehr Hoffnungslosigkeit und Apathie.

Kinder stehen im Mittelpunkt der Analyse von *Luke Dowdney*. Während es am Beispiel afrikanischer Kriege einen breiten Diskurs zur Rolle von Kindersoldaten gibt, nimmt die Weltöffentlichkeit die zunehmende Beteiligung von Kindern als Gewaltakteure am Drogenhandel in Rio de Janeiro kaum zur Kenntnis. Ähnlich wie bei anderen global verbreiteten Formen der Bandenkriminalität werden die Kinder dabei unter anderem deshalb bevorzugt eingesetzt, weil sie noch nicht strafmündig und weniger risikoavers sind, weil sie Gefahren unterschätzen. Aus viktimologischer Perspektive gibt es keinen Unterschied zwischen bewaffneten Kindern im Territorialkrieg zwischen Drogenkartellen in Rio de Janeiro und Kindersoldaten etwa in Sierra Leone. Im Kontext von Schattenglobalisierung

verschwimmen Grenzen zwischen Krieg und Frieden, bedarf Gewalt also neuer analytischer Zugänge, um die Wirklichkeit zu erfassen.

Am Beispiel des brasilianischen Amazonasgebiets zeigt *Regine Schönenberg*, wie traditionelle Sozialstrukturen für den Aufbau krimineller Netzwerke genutzt werden können. Während zentralstaatliche Programme zur »Entwicklung« der Region traditionelle Sozialstrukturen und Lebensweisen zerstört haben, ohne Alternativen zu schaffen, ist es kriminellen Netzwerken gelungen, sich die traditionelle Kultur und Wirtschaft nutzbar zu machen. Mit Hilfe moderner Kommunikationstechniken ist die Amazonasregion dadurch zu einer wichtigen Drehscheibe transnationaler Schattenglobalisierung geworden. Die Autorin plädiert dafür, sich bei Entwicklungsanstrengungen der gleichen Strategie der Kooptation bzw. Integration traditioneller und moderner Strukturen zu bedienen.

Der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit den »neuen« Kriegen und anderen Gewaltphänomenen ist nach wie vor weitgehend reaktiv und auf Krisenmanagement und Militäreinsätze beschränkt. In der Praxis kann dies dazu führen, dass Maßnahmen, die zur Befriedung und Einhegung der Gewalt dienen sollen, von den Konfliktparteien reproduktiv assimiliert werden. Am Beispiel des Nordirlandkonflikts untersuchen *Bernhard Moltmann* und *Marcel Baumann* den Stellenwert der langjährigen aufwändigen Anstrengungen, den Konflikt durch massive Unterstützung der Parteien zu transformieren. Sie kommen zum Ergebnis, dass die institutionell breit ausdifferenzierte »Friedensindustrie« von den Konfliktparteien resorbiert worden ist und im Ergebnis so eher zur Konfliktstabilität beiträgt. Die Angebote der »Friedensindustrie« sind als Beschäftigung bietende Konfliktbegleitung willkommen. Die offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmung in Nordirland, intensive Friedensarbeit auf der einen Seite und Alimentierung der Konfliktparteien auf der anderen, sollte als Menetekel gelesen werden, an anderen Orten das friedenspolitische Engagement von Nichtregierungsorganisationen sorgfältig zu hinterfragen.

Die schwierigen Beziehungen zwischen militärischen Akteuren und den humanitären Hilfsorganisationen in aktuellen Gewaltkonflikten problematisiert der Beitrag von *Damian Lilly*. Obwohl beide Akteure wissen, dass sie in vielen Notlagen aufeinander angewiesen sind, hält man Distanz. Die konkreten Auswirkungen gemeinsamer oder als gemeinsam wahrgenommener Aktionen hängen im Einzelfall vom Mandat der bewaffneten Interventionstruppen ab. Während eine Zusammenarbeit bei Friedenssicherungseinsätzen durchaus sinnvoll sein kann, ist sie bei Kampfeinsätzen schwierig. Eine klare Abgrenzung der Mandate kann dabei helfen, die bestehenden Unsicherheiten und Unstimmigkeiten zu überwinden.

*Stefan Mair* analysiert die rasch zunehmende Rolle von privaten militärischen Unternehmen bei der Einhegung der Gewalt. Er plädiert dafür, diese Entwicklung nicht länger zu ignorieren und die Aktivitäten dieser Firmen international zu regulieren. Auch private und multinationale Wirtschaftsunternehmen können einen Beitrag zur Stabilisierung von Gewaltgesellschaften leisten, wenn sie eine

Reihe von Grundsätzen beherzigen und nicht ausschließlich eine Strategie der Profitmaximierung verfolgen, ergänzt *Angelika Spelten* in ihrem Beitrag.

*Stefan Oeter* untersucht neue Kriege aus völkerrechtlicher Perspektive. Er zeigt, dass das Völkerrecht in den vergangenen Jahrzehnten durchaus Normen entwickelt hat, die auch private Akteure an das Völkerrecht binden und die Förderung von »Inseln der Zivilität« inmitten des kriegerischen Gewalthandelns erlauben. Durch die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs gibt es unter anderem die Möglichkeit, schwere Menschenrechtsverletzungen unter Strafverfolgung zu stellen. Diese Drohung dürfte sich zu einem nicht zu unterschätzenden Anreiz entwickeln, sich stärker an internationalen rechtlichen Normen zu orientieren.

Eine dauerhafte Transformation von Gewaltstrukturen kann es nur geben, wenn internationale Eingriffe sich nicht auf die Bekämpfung von Symptomen und die Bearbeitung von Einzelaspekten beschränken. *Sabine Kurtenbach* plädiert auf der Basis einer Defizitanalyse der gegenwärtigen Bearbeitung »neuer Kriege« durch externe Akteure für nachhaltige und kreative Strategien. Friedensschaffende Maßnahmen sind zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie es nicht leisten, gewaltökonomische Strukturen zu transformieren. Strategien der Gewaltprävention bzw. der Einhegung von Gewalt müssen deshalb auch eine Aufhebung wirtschaftskrimineller Aktivitäten in geregelte Märkte leisten. Gleichzeitig müssen externe Akteure aber auch ihr eigenes Handeln unter das Primat einer Zivilisierung des Konfliktaustrags stellen, auch um den Preis systemischer regulativer Innovation. Die frühzeitige Identifizierung und Stärkung von »Inseln der Zivilität« ist dabei zentral. Es gilt die Ungleichzeitigkeiten der Konfliktgenese wahrzunehmen und den Gewaltakteuren durch offensive Unterstützung solcher »Inseln« die Stirn zu bieten.

Mit diesen Texten wollen die Herausgeber ein Aufbrechen der verschiedenen Diskursstränge anregen, die gesellschaftliche Gewalterscheinungen im Blick haben. Denn die fortgesetzte, formalen und quantitativen Kriterien der politikwissenschaftlichen Kriegsstatistik geschuldete Abgrenzung der Kategorie Krieg oder auch »neuer Krieg« erscheint nicht länger realitätstüchtig. Sie verhindert teilweise sogar die notwendige analytische Auseinandersetzung mit dem dynamischen Formenwandel von gesellschaftlichen Gewalterscheinungen. Die Beiträge in diesem Band bestätigen die von vielen als provokativ empfundene Hypothese, dass eine Tendenz zur Transformation kriegerischer Gewalt in Logiken selektiv eingesetzter regulativer Gewalt durch global agierende schattenökonomische Netzwerke zu beobachten ist. Auch wenn diese These erst noch umfassend empirisch aufgearbeitet werden muss, ergibt sich aus der heute unabdingbaren schattenökonomischen Rückbindung, zumindest aller nichtstaatlichen Kriegsparteien, eine Erklärung dafür, dass im Verlaufe bewaffneter Konflikte die ursprüngliche politische bzw. ideologische Handlungsleitung mutiert und meist verloren geht. Selbst wenn sich diese Hypothese als nicht tragfähig erweisen sollte, bleibt das Plädoyer, die vielfältigen gesellschaftlichen Gewaltmanifestationen als ein Kontinuum, ohne die arbiträre

Besonderung von Krieg, zu analysieren, um sicher zu sein, dass der dynamische Formenwandel von gesellschaftlicher Gewalt erfasst wird.

### *Literatur*

Collier, Paul/Lani Elliott/Håvard Hegre/Anke Hoeffler/Marta Reynal-Querol/Nicholas Sambanis, 2003: *Breaking the Conflict Trap – Civil War and Development Policy*. Washington D.C.

Jean, François/Jean-Christophe Rufin (Hg.), 1999: *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg (Original Paris 1996).

Kaldor, Mary, 1999: *New & Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Oxford.

Münkler, Herfried, 2002: *Die neuen Kriege*. Hamburg.

Milliken, Jennifer (Hg.), 2003: *State Failure, Collapse & Reconstruction*. Oxford u.a.

World Health Organization, 2002: *World Report on Violence and Health*. Genf.

Auszug aus dem EINE Welt-Band 16

#### **Kriege als (Über)Lebenswelten**

Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität

Sabine Kurtenbach und Peter Lock (Hg.)